

*Paul R. Pillar, ein ehemaliger CIA-Analyst, untersucht die jüngsten Proteste im Iran und warnt vor verzerrenden Kommentaren.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 006/18 – 12.01.18**

## **Der Iran sollte nicht durch eine verzerrende Brille betrachtet werden**

Von Paul R. Pillar

Consortium.news, 04.01.18

( <https://consortiumnews.com/2018/01/04/gazing-at-iran-through-a-distorted-glass/> )

*Es ist eine Binsenweisheit, dass die Politik und die Medien der USA jeden führenden ausländischen Politiker und jeden Staat, den sie einmal dämonisiert haben, in allen weiteren schriftlichen oder mündlichen Stellungnahmen nur noch verzerrt darstellen, weil das durch das Gruppendenken der Washingtoner Karrieristen zur Regel geworden ist; das hat der frühere CIA-Analyst Paul R. Pillar auch in Bezug auf den Iran festgestellt.*

Bei Staaten wie dem Iran, die in Washington in Misskredit geraten sind, haben Äußerungen von US-Beobachtern über Ereignisse in diesem Staat mehr mit der Politik der USA als mit dem zu tun, was in diesem Staat wirklich vorgeht. Deshalb gab es auch nur verzerrende Kommentare zu den Protesten, die in den letzten Tagen auf iranischen Straßen stattgefunden haben. Für eine intelligente, verantwortungsbewusste und ernstzunehmende Kommentierung dieser Proteste sollten aber einige Regeln gelten, die Kommentatoren unabhängig von ihrer politischen Einstellung zu beachten haben.

Die erste Regel verlangt eine sehr kritische Untersuchung der Frage, wer aus welchen Gründen wogegen protestiert. Die weitere Entwicklung von Protesten, die aus der Bevölkerung eines Landes kommen, ist immer schwer vorherzusagen. Sie hängt von unberechenbaren Gefühlen, dem komplizierten Zusammenspiel verschiedener Interessen und politischer Kräfte und den kaum einzuschätzenden Einflüssen auch kleinerer Vorkommnisse ab, die große Auswirkungen haben können. Zum jetzigen Zeitpunkt sind deshalb noch keine Prognosen möglich, weil sie auch von noch nicht getroffenen Entscheidungen abhängen. Die Sicherheitsbehörden des iranischen Regimes haben ihre Mittel zur Unterdrückung von Protesten bisher nur sehr zurückhaltend eingesetzt, aber bereits angedeutet, dass sich das schnell ändern könnte. Wenn sie härter gegen die Protestierenden vorgingen, könnte das die Situation auf den Straßen des Irans rasch verschärfen, wobei auch dann nicht klar wäre, in welche Richtung sie sich entwickeln würden.

Einige Merkmale der gegenwärtigen Proteste machen eine Vorhersage ihrer künftigen Entwicklung besonders schwierig – noch schwieriger als bei den größeren Protesten, die es 2009 im Iran gab. Die heutigen Proteste gehen im Gegensatz zur Grünen Bewegung (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Proteste\\_nach\\_den\\_iranischen\\_Pr%C3%A4sidentschaftswahlen\\_2009](https://de.wikipedia.org/wiki/Proteste_nach_den_iranischen_Pr%C3%A4sidentschaftswahlen_2009) ) nach der Präsidentenwahl im Jahr 2009 nicht von einer einheitlichen Gruppierung mit einer straffen Führung aus. Diesmal gibt es auch kein auslösendes Einzereignis wie eine umstrittene Wahl. An den Protesten beteiligen sich ganz unterschiedliche politische Strömungen. Die ersten Proteste in Maschhad (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Maschhad> ) gingen vermutlich von Hardlinern (Anhängern des vorherigen Präsidenten Ahmadinedschad) aus, die den jetzigen Präsidenten Hassan Rohani (wegen seiner neokonservativen Wirtschaftspolitik, s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Hassan\\_Rohani](https://de.wikipedia.org/wiki/Hassan_Rohani) )

ablehnen; an den Protesten haben sich aber auch wirtschaftlich benachteiligte Iraner mit anderen politischen Ansichten beteiligt. Auch die Parolen, mit denen demonstriert wird, sind sehr unterschiedlich.

## **Die wirtschaftlichen Probleme des Irans**

Aus widersprüchlichen Nachrichten ergibt sich eine weitere Regel: Wir können nicht wissen, was in den Herzen und Hirnen der Protestierenden vorgeht. Wir sollten auch nicht annehmen, dass die gerufenen Parolen und die mitgeführten Transparente wirklich auf die Motivation der Protestierenden schließen lassen. US-Kommentatoren, die eine Konfrontation mit dem Iran wollen, haben verzweifelt versucht, nachzuweisen, dass sich die Proteste vor allem dagegen richten, dass auf Kosten der iranischen Bevölkerung zu viele Ressourcen für die expansive iranische Außenpolitik verschwendet werden. [s. <http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/iranians-are-mad-as-hell-about-their-foreign-policy> ]. Aber die Einbeziehung dieses Problems schließt ein weiteres, auch in anderen Staaten auftretendes Problem nicht aus, das Bill Clinton in seiner berühmt gewordenen Feststellung angesprochen hat: Der Zustand der Wirtschaft eines Staates sei entscheidend dafür, ob seine politische Führung die Unterstützung der Bevölkerung behalte oder verliere. Die meisten Einwohner von Städten in der iranischen Provinz, in denen es die ersten Proteste gab, kümmern sich wenig um den syrischen Bürgerkrieg oder das Gleichgewicht der Kräfte im Norden des Iraks . Sie demonstrieren gegen die Arbeitslosigkeit und ihren niedrigen Lebensstandard. Das militärische Engagement der iranischen Regierung im Ausland wird allenfalls deshalb von den Demonstranten kritisiert, weil es die wirtschaftlichen Probleme des Irans verschärft und dem iranischen Regime angekreidet werden kann.

US-Amerikaner sollten das verstehen können, weil auch in den USA schon wirtschaftliche Unzufriedenheit mit politischen Themen gekoppelt wurden. Auch in Donald Trumps siegreicher Wahlkampagne spielte ein diesbezügliches Thema eine große Rolle: Die USA hätten zugelassen, dass sich ausländische Staaten auf Kosten der US-Wirtschaft Vorteile verschafften. Den Trump-Wählern im Rostgürtel, die damit gewonnen werden sollten, war es aber eigentlich ziemlich egal, ob bilaterale Handelsbeziehungen besser als multilaterale Handelsabkommen sind und die Europäer einen angemessenen Anteil für die NATO aufbringen, oder ob die Saudis den Treibstoff bezahlen, mit dem US-Tankflugzeuge die saudischen Jagdbomber versorgen, die den Jemen bombardieren. Sie wählten Trump, weil er versprochen hat, ihre Arbeitslosigkeit zu beenden und ihren gesunkenen Lebensstandard wieder anzuheben. Wenn Trump die Unterstützung seiner Wähler im Rostgürtel verlieren sollte, wird das nicht daran liegen, dass er sein Wahlversprechen, das US-Engagement im Ausland zu reduzieren, gebrochen und es stattdessen sogar noch ausgeweitet hat [s. <http://foreignpolicy.com/2017/12/29/how-donald-trump-learned-to-love-war-in-2017/> ]. Sie werden ihn nicht mehr wählen, weil er ihnen keine neuen Jobs besorgt und ihre Lebensqualität nicht verbessert hat. Ähnliche Triebkräfte dürften auch die gegenwärtigen Unruhen in der iranischen Bevölkerung ausgelöst haben. Es handelt sich also um Proteste der arbeitenden Bevölkerung [s. <https://lobelog.com/iranian-protests-and-the-working-class/> ], die in einer ähnlichen Lage wie die US-Wähler im Rostgürtel sind.

## **Kommentare sollten frei von Widersprüchen sein**

Eine weitere Regel besagt, dass, unabhängig von den Informationen über die Vorgänge im Iran, die man tatsächlich hat oder nur zu haben vorgibt, die daraus gezogenen Schlussfolgerungen wenigstens logisch und moralisch vertretbar sein sollten. Das trifft für die Argumente der Kommentatoren, die für eine stärkere Konfrontation mit dem Iran und härtere Sanktionen gegen dessen Bevölkerung eingetreten sind, nicht zu. Diese Kommentatoren gehören nämlich heute zu denen, die am lautesten schreien, die Iraner, die gegen die

schlechte wirtschaftliche Situation protestieren, müssten unbedingt von den USA unterstützt werden, und vergessen dabei, dass deren schlechte wirtschaftliche Situation vor allem durch die verhängten Sanktionen verursacht wurde. [s. <http://www.defenddemocracy.org/media-hit/irans-theocracy-is-on-the-brink/> ]

Auch den Argumenten, die von Anfang an gegen den Joint Comprehensive Plan of Action / JCPOA, das Abkommen zu Beschränkung des iranischen Atomprogramms (weitere Infos dazu unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/iran-muss-95-prozent-seines-angereicherten-urans-beseitigen-a-1043598.html> ) vorgebracht wurden, fehlt es an Logik. Wer die gegenwärtigen Proteste positiv bewertet – und das tun die antiiranischen US-Hardliner offensichtlich, müsste eigentlich erkennen, dass die Argumente, mit denen das Abkommen seit zwei Jahren sabotiert wird, falsch waren. Haben die Gegner dieses Abkommens nicht behauptet, dass es ein "Glücksfall" für Teheran sei, weil damit der wirtschaftliche Druck auf das iranische Regime verringert werde? Jetzt versuchen diese Gegner mit einer Argumentation, die so unmöglich wie die Quadratur des Kreises ist, nachzuweisen, dass dieser "Glücksfall" (das Atomabkommen) das Auslandsengagement des Regimes und die damit verbundenen wirtschaftlichen Probleme für die iranische Bevölkerung erst möglich gemacht habe. Diese Argumentation ist allerdings nicht mit Zahlen und Daten über die Wirtschafts- und Finanzpolitik Rohanis zu belegen, weil sich dessen Regierung vor allem um wirtschaftliche Verbesserungen bemüht. Es gibt auch noch andere Widersprüche (in Kommentaren zu den Protesten im Iran). Wenn die gegenwärtigen Proteste wirklich ein Aufstand der iranischen Bevölkerung gegen das Regime wären, was einige US-Hardliner behaupten, würde dann nicht jeder führende iranische Politiker, dessen Gehirn noch einigermaßen funktioniert und der an der Macht bleiben will, den "Glücksfall" ausnutzen, um durch Ankurbelung der Wirtschaft die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, anstatt die Mittel für militärische Abenteuer im Ausland zu vergeuden, wenn er tatsächlich die Wahl hätte?

Wenn die US-Hardliner die Proteste im Iran ausnutzen wollen, um das Regime zu einem generellen Politikwechsel zu veranlassen, geraten sie in Widerspruch zu ihrer bisherigen Position, man dürfe keine wie immer gearteten Geschäfte mit dem iranischen Regime machen. Wenn dieses Regime tatsächlich nur aus unverbesserlichen und kompromisslosen Fanatikern bestünde, was die US-Hardliner bisher immer behauptet haben, wären dann überhaupt irgendwelche positiven Reaktionen auf die Straßenproteste zu erwarten? Deshalb versucht ein Kommentator dieses Problem mit einem intellektuelle Rückwärtssalto zu lösen; er behaupten, es sei ein Fehler gewesen, bisher mit "moderaten" Vertretern des Regimes zu verhandelt; nach den Protesten böte sich jetzt aber die Gelegenheit, in Zusammenarbeit mit Pragmatikern einen wirklichen Politikwechsel herbeizuführen. [Weitere Infos dazu s. unter [https://www.washingtonpost.com/opinions/the-protesters-in-iran-need-real-help-from-washington/2018/01/01/b64d8416-ef24-11e7-b390-a36dc3fa2842\\_story.html?utm\\_term=.b960cece1d8f](https://www.washingtonpost.com/opinions/the-protesters-in-iran-need-real-help-from-washington/2018/01/01/b64d8416-ef24-11e7-b390-a36dc3fa2842_story.html?utm_term=.b960cece1d8f) ].

Unabhängig davon ob die gegenwärtigen Proteste zu Veränderungen führen, die gut oder schlecht für die USA sind, das JCPOA-Abkommen muss auf jedem Fall erhalten bleiben, weil es dem Iran den Weg zu eigenen Atomwaffen versperrt. Die wirtschaftlichen Probleme des Irans, aus denen die gegenwärtigen Proteste hervorgingen, haben mehrere Ursachen. Dazu gehören u. a. die Misswirtschaft des Regimes und die verhängten Sanktionen, die von den USA immer noch aufrechterhalten werden. Die Aufhebung der Sanktionen durch andere Staaten hat bisher nicht den erhofften Aufschwung für die iranische Wirtschaft gebracht, weil nach Trumps Drohung, den JCPOA nicht anerkennen zu wollen, auch private Investoren, die nicht aus den USA kommen, damit rechnen müssen, vom US-Finanzministerium wegen Verstößen gegen die Sanktionen gemäßregelt zu werden. Die Regierung Rohani hat den erwarteten Aufschwung der iranischen Wirtschaft vermutlich auch deshalb zu positiv bewertet, um oppositionelle Hardliner ruhig zu stellen.

## Die Gefahren, die von Einmischungen aus dem Ausland ausgehen

Eine weitere Regel für US-Kommentatoren, die ernst genommen werden wollen, sollte sein, daran zu denken, dass ihr Kommentar nicht nur in den USA, sondern auch im Iran zur Kenntnis genommen wird – auch vom iranischen Regime, das wie alle Regime fürchtet, von einer ausländischen Regierung gestürzt zu werden, und sich deshalb weigert, irgendwelche Geschäfte mit anderen Regierungen zu machen oder ihren Versprechungen zu vertrauen. Auch die Protestierenden und die nicht protestierenden Bürger des Irans hören oder lesen Kommentare aus dem Ausland. Unabhängig von der Meinung, die wir von den Protestierenden haben, aus den USA kommende Unterstützungszusagen werden die Proteste nicht in Gang halten. Niemand, der auch gern protestieren würde, wird deshalb auf die Straße gehen, weil er mit Verhaftung oder Schlimmerem rechnen muss, wenn führende US-Politiker zum Widerstand aufrufen.

Die größte Gefahr für iranische Oppositionelle besteht darin, den Eindruck zu erwecken, sie stünden in Diensten einer ausländischen Macht. Für jede iranische Bewegung ist der Verdacht, sie werde von den USA unterstützt, der politische Todeskuss. Diejenigen Kommentatoren in den USA, die auf eine aktivere Ermunterung der Protestierenden drängen, setzen sie der Gefahr aus, dass für ihre sämtlichen Forderungen die USA verantwortlich gemacht werden [s. <http://www.defenddemocracy.org/media-hit/where-we-can-agree-on-iran/>]. Natürlich wird fast jedes Regime in einer solchen Situation behaupten, die Drahtzieher der Proteste säßen im Ausland. Das spielt in diesem Fall aber keine Rolle. Es kommt darauf an, ob der Einmischungsvorwurf, der wegen Äußerungen oder Vorschlägen von US-Amerikanern gegen die USA erhoben wird, den Iranern auf der Straße und der gesamten iranischen Bevölkerung als glaubwürdig erscheint.

Natürlich sind eine Erklärung, die Iraner hätten wie die Bevölkerungen anderer Staaten das Recht, ihre Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierung kundzutun, und die Verurteilung jeder Gewaltanwendung gegen friedlich Protestierende, durchaus berechtigt. Aber der Grat zwischen solchen Erklärungen und dem Risiko, damit den Vorwurf des iranischen Regimes zu bestätigen, die Proteste würden aus dem Ausland gesteuert, ist sehr schmal. Deshalb tun US-Kommentatoren den Iranern keinen Gefallen, wenn sie die Protestierenden diesem Verdacht aussetzen.

Die Ereignisse auf iranischen Straßen haben in den USA den Eindruck erweckt, die Protestierenden wollten auch einen Regimewechsel herbeiführen; es ist aber zu prüfen, ob ein Wechsel überhaupt wünschenswert wäre. Die Proteste gingen ja offensichtlich von Hardlinern aus. Außerdem sollte bedacht, dass die Politik des Irans nach einer immer noch möglichen gewaltsamen Niederschlagung der Proteste eine für die USA noch negativere Entwicklung nehmen könnte. Eine Veränderung muss keine Verbesserung bedeuten, sie könnte auch eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes bewirken.

Es sollte auch bedacht werden, dass es diesmal keine Grüne Bewegung und keine einheitliche Führung gibt, die eine bessere Regierung als die von Rohani geführte stellen könnte. Die von den USA unterstützte terroristische Gruppierung der Volksmodschahedin (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Volksmodschahedin>) fand kaum Unterstützung im Iran und ist kläglich gescheitert.

Auch wenn es eine attraktivere Führungsfigur, einen iranischen Alexander Kerenski (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander\\_Fjodorowitsch\\_Kerenski](https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Fjodorowitsch_Kerenski)) gäbe, hat die Geschichte der Revolutionen gezeigt, dass auch gemäßigte Revolutionsführer sehr oft zu brutalen, machtgerigen Despoten werden. Der Iran hatte schon zwei Kerenskis – Mehdi Bazargan (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Mehdi\\_B%C4%81zarg%C4%81n](https://de.wikipedia.org/wiki/Mehdi_B%C4%81zarg%C4%81n)) und Abol-

hassan Banisadr (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Abolhassan\\_Banisadr](https://de.wikipedia.org/wiki/Abolhassan_Banisadr) ), die nach dem Sturz des Schahs kurz die Macht ausübten, sie dann aber an Ajatollah Ruhollah Chomeini (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Ruhollah\\_Chomeini](https://de.wikipedia.org/wiki/Ruhollah_Chomeini) ) abgeben mussten.

Wer meint, das bisher Gesagte reiche nicht als Mahnung zu mehr Zurückhaltung aus, soll sich den Irak anschauen – wo der von den USA durchgesetzte Regimewechsel zur Gründung des Islamischen Staates geführt hat – oder Libyen das geteilt im Chaos versunken ist.

*Paul R. Pillar hat 28 Jahre für die CIA gearbeitet und war einer ihrer führenden Analysten. Kürzlich hat er auch das Buch "Why America Misunderstands The World" (Warum die USA die Welt missverstehen) veröffentlicht. Dieser Artikel war zuerst auf der Website The National Interest zu lesen und wurde mit Erlaubnis des Autors nachgedruckt.*

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mir Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt.)



## **Gazing at Iran Through a Distorted Glass**

By Paul R. Pillar, January 4, 2018

*A truism about U.S. politics and media is that once a foreign leader or a country has been demonized everything written or said about the subject will be skewed to the negative, a rule reflecting Washington's groupthink and careerism, as ex-CIA analyst Paul R. Pillar notes about Iran.*

With any country that, like Iran, has been the subject of acrimonious debate in Washington, pronouncements by American observers about events in that country have more to do with politics here than with what is going on over there. So it has been with much of the spinning and interpreting of protests in Iranian streets during the past few days. Some guidelines for intelligent, responsible, and useful commentary on those protests are in order, and applicable no matter what are the policy preferences of whoever is commenting.

The first guideline is to apply a large dose of agnosticism to the question of where the protests are heading. The future course of popular unrest in any country is inherently difficult to predict. That future depends on the vicissitudes of emotion, the complex interplay of different issues and political forces, and the especially unpredictable ways in which minor incidents can spark much larger responses. A current trajectory cannot be extrapolated into the future, partly because of the effects of decisions not yet made. In the current Iranian case, security elements of the regime have refrained so far from using most of their capability to crack down on protesters, but have strongly hinted that the capability may yet be used. Such use would change the game being played in Iranian streets, but again with much uncertainty about where things would go from there.

Some qualities of the current protests make their future path especially unpredictable, even in comparison with the larger protests in Iran in 2009. There is no single movement

with a recognizable leadership as there was with the Green Movement in the earlier disturbances. There is no single happening or trigger equivalent to the disputed presidential election in 2009. Diverse political elements have participated. It appears that some of the first protests in Mashhad were the work of hardliners apparently seeking to embarrass President Hassan Rouhani, but they were joined by economically disgruntled citizens of other political persuasions. The messages being chanted in the street also are diverse.

## **Domestic Economics**

The diversity of the messages leads to another guideline, which is not to presume to know what is in the hearts and minds of protesters. Nor should it be presumed that what is chanted or is written on a protester's sign identifies the motivation behind the protests. American commentators who have pushed for confrontation with Iran have taken pains to point out how one theme voiced in the protests has been that resources ought to be spent back in Iran rather than for foreign adventurism. But inclusion of that message does not overturn the recurrent pattern—in country after country in addition to Iran—that, per Bill Clinton's famous observation, it is the state of a nation's economy that most determines whether political support is won or lost. Most residents of provincial Iranian cities in which protests have occurred probably care little about the Syrian civil war or the balance of forces in northern Iraq. They care instead about unemployment and a stagnant standard of living. If a slogan about foreign adventurism is consistent with the economic grievances and it sounds like a point where the regime might be vulnerable, then it gets used.

Americans ought to find this easy to understand because we have had in the United States similar dynamics between economic discontent and political themes. Donald Trump molded a winning campaign with themes such as America having allowed foreigners to take advantage of it in ways that supposedly have had economic repercussions at home. But the Rust Belt voters who were swayed by Trump's message did not really care about whether bilateral trade deals were better than multilateral agreements or whether Europeans weren't paying their fair share of NATO's expenses, let alone about U.S. refueling of Saudi warplanes bombing Yemen. They cared about unemployment and a stagnant standard of living. And if Trump loses their support it will not be because, contrary to what he said in the campaign, he has not curbed foreign adventurism and has even expanded it. It instead will be because he did not bring back jobs and improve standards of living for working class Americans. Such dynamics are remarkably similar to what appears to be going on with much of the current popular unrest in Iran, which can be described as a working class protest in which many protesters have much in common with denizens of the Rust Belt.

## **Consistency is Key**

Another guideline is that, however much knowledge one may or may not claim to have about what is going on in Iran, one at least should be logically (as well as morally) consistent. The protests have presented consistency challenges especially to those who have argued most strongly for confrontation with, and punishment of, Iran. The chief inconsistency is that those who have been most in favor of imposing more rather than fewer sanctions on Iran are also those who today are calling most loudly for supporting the economically disgruntled protesters in Iranian streets—who are among those most economically harmed by the sanctions.

Arguments that have long been used against the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), the agreement that restricts Iran's nuclear program, raise additional challenges to consistency. If the current protests are a good thing—and the aforementioned anti-Iran American hardliners seem downright excited about them—one needs to note that this is happening with the JCPOA having been in effect for two years. Wasn't that agreement,

according to the agreement's opponents, supposed to have given Iran a windfall that unduly and prematurely relieved economic pressure on Tehran? The opponents try to square this circle with the notion of the regime diverting the "windfall" to foreign adventurism while making citizens suffer. This notion usually gets conveyed without any supporting data about economics and fiscal policies (and Rouhani's policies have emphasized domestic economic improvement above all else). It also raises another inconsistency. If the current protests really are as much of a regime-shaking occurrence as some American hardliners contend, wouldn't any Iranian leader with at least half a brain and a desire to stay in power use the "windfall" to buy domestic support rather than wasting it away on foreign adventurism, if that really were the choice?

By treating the protests as a vehicle for pressuring the regime to change non-nuclear policies, the American hardliners also run into inconsistency with all their prior opposition to doing any business with the Iranian regime, of which opposition to the JCPOA has been a part. If this regime is as irredeemable and thoroughly dominated by hardline fanatics as the American hardliners have repeatedly portrayed it, who could possibly emerge from such a cauldron to respond positively to street protests? Thus we get intellectual contortions such as trying to argue in the space of a single paragraph that it was a mistake in the past to "be in the business of currying favor with the regime's 'moderates' " but that today the protests provide an occasion to "strengthen the arguments of pragmatists arguing for a change in policy".

Regardless of whether the eventual overall outcome of the current protests is good or bad from a U.S. point of view, it would be just as mistaken for supporters of the JCPOA to claim credit for whatever good comes out of them as for opponents to make such a claim. The JCPOA needs to stand or fall based on its intended purpose, which was to close all pathways to a possible Iranian nuclear weapon. The economic under-performance that has spawned discontent in Iran, as manifested in the current protests, has multiple sources. Economic mismanagement by the regime is one. Sanctions are another, including non-nuclear sanctions that the United States keeps in place today. Moreover, even the lifting of nuclear sanctions has not brought much of the hoped-for economic benefit to Iran, given uncertainty in the private sector—uncertainty the Trump administration has vigorously stoked—about the future of the JCPOA, with the private sector knowing of the U.S. Treasury's ability to punish even non-American businesses for any future sanctions transgressions. The Rouhani government also probably raised Iranian economic expectations to an unreachable level as it worked to sell the agreement over hardline Iranian opposition.

### **Dangers of Foreign Interference**

Another guideline for American commentators of any persuasion is to be mindful that such commentary is not only part of an American debate but also is heard by Iranian ears. This includes ears in the regime, where, as with regimes everywhere, the perception that a foreign government is trying to overthrow you is a big disincentive to doing any business with that government or trusting its promises. Also listening are the protesters and other citizens of Iran. Regardless of the sympathy we have for them, American expressions of support will not be fuel for keeping the protests going. No would-be protester will go out in the street and risk arrest or worse because some U.S. leader encouraged him to do so.

The much more likely hazard is to taint Iranian opposition with the stain of foreign involvement. For any Iranian movement, a perception that the United States put it up to whatever it is doing is a political kiss of death. Those in the United States urging a more active encouragement of the protests dismiss this hazard by saying, "No matter what we say and

do, the regime will seek to blame the United States for the protests.” Of course it will; that’s the sort of accusation almost any regime in such a situation will make. But that’s beside the point. What matters is whether the United States makes such accusations appear credible, in the eyes of Iranians in the street and Iranians in general, by what it does and what it says.

Certainly there is a role for declaring strong support for the right of Iranians or any other people to express their grievances peacefully, and for condemning any use of force against such expression. The line between such declarations and a posture that gives credibility to the Iranian regime’s accusations about foreign interference is admittedly thin. But the line exists, and Americans do no favors to the Iranian people by crossing it.

Finally, as the events in Iranian streets have gotten regime change juices flowing again back in the United States, those feeling the flow need to be careful what they wish for. They should bear in mind how hardliners apparently were in the forefront of getting the current protests going. They also should think about the likelihood that the Iranian politics and policies that would follow any harsh crackdown on protesters—which is still one of the possible next chapters in the current events—would likely be at least as unfavorable to U.S. interests as what Tehran exhibits now. In other words, change can be a change for the worse rather than for the better.

Also worthy of reflection is the absence of Green Movement-style leadership of the current protests, and more broadly of a credible alternative leadership for the nation that would be better than what Rouhani represents. The paucity of attractive alternatives for Americans to latch on to is demonstrated by how many otherwise sane U.S. political figures have latched on to the terrorist-group-cum-cult known as the Mujahedin-e Khalq, which has little support inside Iran.

Even if a more attractive leadership were in the wings, the history of revolutions worldwide shows how frequently a moderate figure becomes an Alexander Kerensky, who gives way to more extreme and ruthless elements who hold power much longer. Iran itself has had its Kerenskys, in the persons of Mehdi Bazargan and Abolhassan Bani-Sadr, briefly-tenured leaders after the fall of the shah who lost out to the forces of Ayatollah Ruhollah Khomeini.

If all this were not enough to give pause, there are more recent lessons in Iraq, where U.S.-fomented regime change boosted the influence of the Islamic Republic of Irak, and Libya, which is still divided and chaotic.

*Paul R. Pillar, in his 28 years at the Central Intelligence Agency, rose to be one of the agency’s top analysts. He is author most recently of Why America Misunderstands the World. (This article first appeared as a blog post at The National Interest’s Web site. Reprinted with author’s permission.)*

[www.luftpост-kl.de](http://www.luftpост-kl.de)

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern